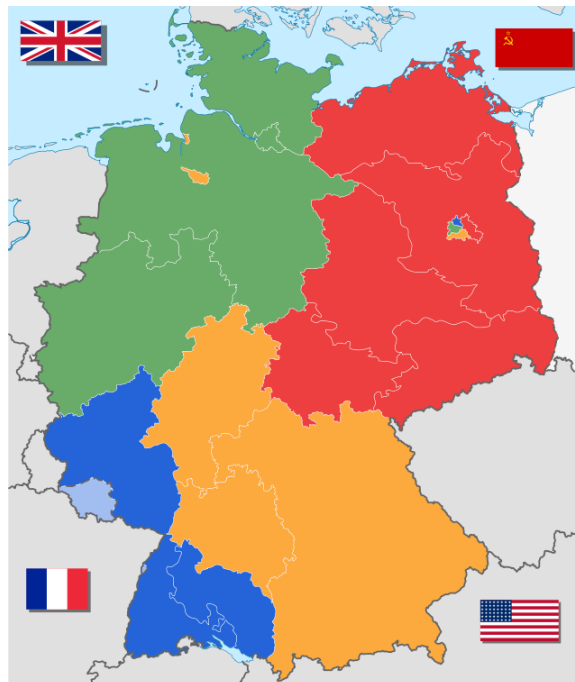


## DIE GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

### 1. Deutschland unter der Besatzungsherrschaft

#### 1.1 Die Herrschaft der Siegermächte:

Am 7. und 8. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht, was das Ende des zweiten Weltkrieges bedeutete. Bereits Anfang 1943 forderten die Alliierten eine militärische Übergabe sowie eine staatlich- politische Totalkapitulation von Deutschland. Diese würde es ermöglichen, das Territorium zu besetzen und Friedensregelungen nach eigenen Zielen zu erreichen. Bei Kriegskonferenzen von 1943 bis 1945 trafen die Alliierten, wie bereits angedeutet, erste Verabredungen hinsichtlich der Deutschlandpolitik, wie zum Beispiel bei der Potsdamer Konferenz 1945. Man beschloss, Deutschland vollständig und dauerhaft zu entwaffnen, das wirtschaftliche Kriegspotential zu zerstören, den Nationalismus auszurotten und die führenden Personen aus dem Dritten Reich zu verfolgen und zu bestrafen. Schließlich wurde Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt, die Siegermächte USA, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion verwalteten Berlin dabei gemeinsam. (siehe Karte) Ein alliierter Kontrollrat, zusammengesetzt aus vier Zonenbefehlshabern, sollte die zentrale Gewalt in allen Fragen, die „Deutschland als Ganzes“ betrafen, haben. Die gesamte Besatzungspolitik beruhte auf den „vier D’s“, der Demilitarisierung, der Dekartellisierung, der Denazifizierung und der Demokratisierung.



Die Demilitarisierung sowie die Zerschlagung der organisatorischen Strukturen der NSDAP verliefen rasch und mit gegenseitigem Einverständnis der Siegermächte. Die anderen Bereiche

wurden jedoch zu strittigen Themen und daher erfolgten die restlichen Maßnahmen in den einzelnen Besatzungszonen unterschiedlich.

Die westlichen Alliierten erhofften durch eine Stärkung der deutschen Wirtschaft, ein Gegengewicht zur Sowjetunion zu bilden und den Wohlstand Westeuropas auszubauen, doch in der Wirklichkeit bestimmten wirtschaftliche Not und Arbeitslosigkeit den Alltag. Die Demokratisierung hatte mehr Erfolg, der institutionelle Wiederaufbau ging dabei von den Gemeinden, den mittleren Verwaltungseinheiten und den Ländern aus, das „staatliche“ Leben konnte sich durch diese Organe gründen und festigen.

Im Spätsommer 1945 wurden in der amerikanischen und britischen Zone die Parteien wieder zugelassen, das französische Gebiet folgte dem Beispiel im Jahr 1946. In allen Besatzungszonen, einschließlich der sowjetischen, spielten die Parteien CDU, SPD, KPD und FDP die wichtigste Rolle. In dem sowjetischen Teil Deutschlands schloss sich bald die SPD mit der KPD zusammen und als Folge entstand die Partei SED, in den Gebieten der westlichen Alliierten erfuhren vor allem SPD und CDU viel Zuspruch und wurden wichtige politische Kräfte. In den Jahren 1945 bis 1947 wurden durch die Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich neue Länder geschaffen und bildete damit die Grundlage für die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland.

1946 kam es zu dem Entschluss der britischen und amerikanischen Besatzungszone, ihre beiden Gebiete gemeinsam zu verwalten, der Zusammenschluss erfolgte am 1. Januar 1947 und das Bündnis stellte von nun an ein vereinigtes Wirtschaftsgebiet bzw. die Bizone dar. Ein Verwaltungsrat bildete dabei das exekutive Gremium und ein Wirtschaftsrat das legislative Gremium. Somit erhielten die Deutschen einen bedeutenden Anteil an politischer Mitsprache und Mitgestaltung, auch wenn immer die Zustimmung der Besatzungsmächte erforderlich war.

### 1.2 Schritte zur Weststaatgründung:

Durch die Gründung der Bizone sollte die Industrieproduktion, der Außenhandel Deutschlands sowie die Versorgungslage und Beschäftigungssituation der Bevölkerung wieder angekurbelt werden. Die Amerikaner erhofften sich durch finanzielle Unterstützung Westdeutschlands zur Gesundung dessen beizutragen und damit den Wohlstand in Westeuropa zu steigern, sowie die westlichen Demokratien vor sowjetischem Einfluss zu schützen. Grund dafür war, dass sich das Interesse der Sowjetunion nur auf Reparationen und Demontagen in Deutschland beschränkte und gleichzeitig eine Blockadepolitik im Alliierten Kontrollrat in Berlin durchführte.

Auch strebten die westlichen Siegermächte eine Währungsreform an, doch die UdSSR weigerte sich stets, dies in die Tat umzusetzen. Nach dem Scheitern von Verhandlungen der Alliierten mit der Sowjetunion beschlossen die drei Westzonen 1948 die Währungsreform dennoch durchzusetzen und trugen damit zur wirtschaftlichen Stärkung des westlichen Deutschlands bei. Die Folge war,

dass die Vertreter der Sowjetunion aus dem Alliierten Kontrollrat zurücktraten und die Zugangswege zu den Westsektoren der Stadt für elf Monate blockiert wurden. Dabei erhofften sich diese, die westlichen Mächte von einer Staatsgründung abzuhalten und sie auf den Weg einer gemeinsamen Deutschlandpolitik zu bringen.

Die Grundlage für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland bildete die Sechs- Mächte-Konferenz im Frühjahr 1948 in London. Dabei entschieden sich die Benelux- Staaten und die drei Westalliierten dafür, den Ministerpräsidenten zu genehmigen, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die eine Verfassung für den westdeutschen Staat erstellen sollte. In einem Besatzungsstaat sollten die Beziehungen zwischen den Alliierten und dem neuen Staat festgelegt und die Autorität der westdeutschen Regierung verankert werden. Am 1. Juli 1948 wurden den Regierungschefs der westdeutschen Länder diese Ansprüche in Form der „Frankfurter Dokumente“ überliefert. Nach kurzem Bedenken ergriff man diese Gelegenheit, um für deutsche Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit zu sorgen und erhoffte sich ebenfalls eine Wiedervereinigung mit dem östlichen Deutschland.

Ziele des parlamentarischen Rats und der Abgeordneten waren zum einem, den Rechtsstaat in Deutschland zu stabilisieren und zum anderen, in dem westdeutschen Staat eine parlamentarische Demokratie umzusetzen. Doch dabei achtete man bewusst darauf, Fehler, die in der Weimarer Republik zum Vorschein gekommen sind, zu beseitigen, so sollten zum Beispiel die Rechte des Staatsoberhauptes begrenzt sein oder aber auch waren plebiszitäre Elemente nicht in dem Grundgesetz enthalten. Der Bundeskanzler stellte von nun an den Kern der Regierungsarbeit dar und bildete den „Gegensatz“ zur Legislativen. Das Parlament war für Gesetzgebung und Kontrolle und die traditionellen Aufgaben der Volksvertretung zuständig. Hinzu kam nun die Wahlfunktion, was bedeutete, dass der Kanzler von den Abgeordneten ernannt wurde und sich daher auf eine Mehrheit stützen musste. Eine neue wichtige Rolle kam auch den politischen Parteien zu, hatten sie nun eine vermittelnde Funktion in der politischen Willensbildung. Die individuellen Freiheits- und politischen Mitwirkungsrechte sollten den Mittelpunkt des Staates bilden.

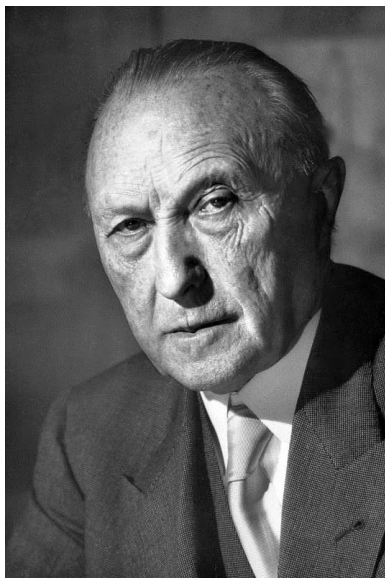
Eine neue Idee war, dass die Grundrechte als Menschenrechte geschätzt und geschützt werden müssen, was durch den „Hüter der Verfassung“ geschehen sollte. Am 23. Mai 1949 wurde ein Grundgesetz verkündet, das besagte, dass ein Bundesrat als Zweite Kammer und in Steuererhebung, Steuerverteilung und der Gesetzgebung Mitspracherecht hatte. Weiterhin war nun auch eine Vollverfassung vorhanden und man einigte sich auf den Namen „Bundesrepublik Deutschland“, die Hauptstadt von dieser wurde schließlich Bonn (siehe Karte). Dennoch „bevormundeten“ die drei Westmächte die neu geschaffene, parlamentarische Demokratie, sie bestimmten über Außen- und Außenhandelspolitik und übernahmen die Sicherheit für den Staat. Zur ungefähr gleichen Zeit gründete sich am 7. Oktober 1949 im von der Sowjetunion besetzten Teil die „Deutsche Demokratische Republik“, die DDR. (siehe Karte)



## 2. Die Ära Adenauer

### 2.1 Parteien – und Regierungssystem:

Bei den ersten Bundestagswahlen im August 1949 waren viele politische Gruppierungen vertreten. Durchsetzen konnten sich dabei CDU, CSU und SPD, welche alle knapp ein Drittel der Stimmen erhielten, die FDP konnte von den restlichen Parteien mit fast 12% am Besten abschneiden. Im Laufe der Jahre bekamen die CDU, CSU, SPD und FDP immer mehr Zuspruch, während andere politische Gruppierungen allmählich von der Bildfläche verschwanden, da ihre Pläne meist nicht zukunftsorientiert und wenig ansprechend waren. Besonders die CDU konnte mit ihrem Programm ein breites Wählerspektrum ansprechen, sie entwickelte sich zu einer schichten- und konfessionsübergreifenden Partei, die unterschiedliche politische Standpunkte in sich vereinigte und als Paradebeispiel für eine „Volkspartei“ bezeichnet werden kann. Die SPD konnte im Gegensatz zu der CDU keine neuen Wähler gewinnen, erst als 1959 in Bad Godesberg ein neues Programm verabschiedet wurde, orientierte sich die SPD um und entwickelte sich nun ebenfalls zu einer Volkspartei, sprach sie nun auch die Mittelschichten und religiös geprägte Wähler an. Damit entwickelte sich in der Bundesrepublik Deutschland ein bipolares Parteiensystem, in dem zwei Großparteien klar dominierten.



Konrad Adenauer (Bild) prägte die institutionelle Struktur der Bonner „Kanzlerdemokratie“ mit seinem Stil und seiner Amtsführung, die Wahl von diesem Vertreter der Christdemokraten am 15. September 1949 zum ersten Bundeskanzler stellte den Beginn einer langen und erfolgreichen Regierungszeit der Koalition von CDU/CSU mit der FDP und DP (Deutsche Partei) dar. Es entstand eine effektiv arbeitende Regierungszentrale, die den Mittelpunkt der Politik darstellte, politische Entscheidungen vorbereitete und eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit durchführte, auch der Umgang mit dem Parlament und den Parteien sowie Interessenverbänden vollzog sich sehr erfolgreich. Weiterhin prägte Adenauer die Kanzlerdemokratie stark und konnte sich den Zugang zu den hohen Kommissaren sichern, den Westmächten die deutschen Interessen vermitteln sowie einen sachlich kompetenten Partner in Angelegenheiten der Außen- und Sicherheitspolitik darstellen.

## 2.2 Wirtschafts- und Sozialordnung:

In der Bundesrepublik setzte sich die marktwirtschaftliche Ordnung durch, besonders das durch Wirtschaftsminister Ludwig Erhard verbreitete Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ sollte das Kennzeichen der Wirtschaft darstellen. Die Aufgabe entsprach nun, einen wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen festzulegen und dadurch die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern sowie dessen Handeln den Interessen der Gesamtheit anzupassen. Die erste Zeit nach der Währungsreform war gekennzeichnet von Struktur- und Anpassungsprozessen, bis die neue Wirtschaftsform sich entfalten konnte. In den Jahren 1951/52 konnte die Stagnation der Wirtschaft endlich überwunden werden und ging rasch aufwärts. So entstanden neue Wachstumsindustrien, Einkommen und Konsummöglichkeiten konnten gesteigert werden und auch die Arbeitslosigkeit wurde gesenkt, was gleichzeitig zur Stabilisierung des politischen Systems führte.

Große Erfolge konnte Erhard vor allem in der Befreiung des Binnen- und Außenhandels von Beschränkungen und in der Integration der Bundesrepublik in die Weltwirtschaft erreichen. Durch

das Ansteigen des Bruttosozialproduktes um 5 bzw. sogar 6% wurden hohe Investitionsquoten und damit auch Spielräume in der Lohnpolitik ermöglicht. Auch konnte sich aus der sozialen Marktwirtschaft der bundesdeutsche Sozialstaat entwickeln. Neuerungen gab es vor allem in den Fragen der Sozialisierung sowie der Mitbestimmung. So wurde 1947/48 in der Eisen- und Stahlindustrie und 1951 im Bergbau die Mitbestimmung gesetzlich gesichert, im Juli des Jahres 1952 trat dies ebenfalls in abgeschwächter Form für die anderen Wirtschaftszweige ein. Ein großes Problem stellte die Versorgung der Kriegsoffer dar, was schließlich durch Gesetze geregelt wurde. Diese waren die Lastenausgleichsgesetze, wie zum Beispiel das aus dem Jahr 1952, das die Lasten zwischen Einheimischen und Flüchtlingen ausgleichen sollte. Damit ermöglichte man den Betroffenen berufliche Neuanfänge oder gab ihnen eine entscheidende Lebenshilfe, was zur Schwächung der sozialen Not der Flüchtlinge und zu deren Integration in die Gesellschaft führte.

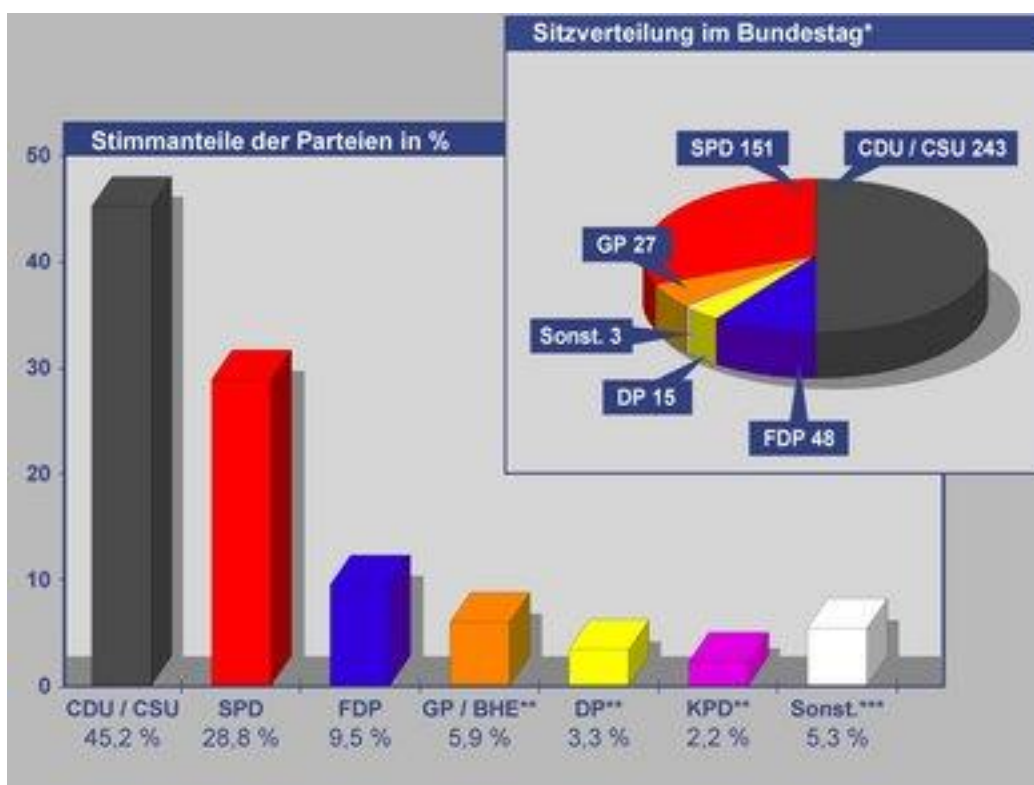
1957 wurde ein Gesetz verabschiedet, in welchem die Bindung der Renten an die Entwicklung der Bruttoeinkommen der Erwerbstätigen festgeschrieben wurde. Somit sicherte man die Funktion der Rente als Lohnersatz und die Sicherung des Lebensstandards im Alter. Zur selben Zeit einigte man sich auch auf eine Erhöhung der Renten, was die Folge hatte, dass die Altersarmut beseitigt wurde und die Rentner am beginnenden Wohlstand teilhaben konnten. Ebenfalls konnte die CDU die Kindergeldregelung, Eigenheimförderung und Eigentumbildung in der Arbeitnehmerhand durchsetzen.

### 2.3 Außen- und Deutschlandpolitik:

Adenauer hatte das Ziel, die drei Westzonen in die westliche Staatengemeinschaft einzugliedern und dort zu festigen, daher wurde das amerikanische, britische und französische Gebiet in den Marshall-Plan eingegliedert und ein westdeutscher Staat gegründet. Damit war auch militärische Sicherheit, internationale Gleichberechtigung und politische Mitsprache des westlichen Teils Deutschlands gesichert, ebenfalls hoffte man auf Schutz vor der sowjetischen „Bedrohung“. Eine andere Aufgabe sah der Bundeskanzler auch darin, die Beziehung zu Frankreich zu verbessern, bedeutend war auch, dass die Westmächte gewillt waren, den Besatzungsstatus zu mildern und die Bundesrepublik in internationale Organisationen einzubinden. So wurde zum Beispiel im April 1951 als Folge der Idee von Robert Schumann der Vertrag über die Bildung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) unterzeichnet und trat im Juli 1952 in Kraft. Ein weiteres Ergebnis von diesem Vertrag war, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau und die politische Einigung Westeuropas vorangetrieben wurden.

Im Angesicht des Korea-Krieges versicherte Adenauer im August 1950 in zwei Stellungnahmen an die drei Westmächte die Bereitwilligkeit der Regierung, deutsche Soldaten für eine zukünftige westeuropäische Armee zu stellen. Im Mai 1952 wurde dann im Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft der deutsche Verteidigungsbeitrag festgesetzt. Doch der deutsche

Verteidigungsbeitrag wurde gemischt aufgefasst, da man die deutschen Truppen zehn Jahre nach dem Krieg nicht wiederbewaffnen wollte, auch war die Angst groß, dass dies das Scheitern der Wiedervereinigung besiegeln würde. Der deutliche Sieg der CDU bei der Bundestagswahl 1953 mit 45,2% (siehe Bild) zeigte jedoch, dass der größte Teil der Bevölkerung Adenauers Vorstellungen vertrat. 1952 wurden schließlich auch im Generalvertrag der Bundesrepublik die Souveränität genehmigt und das Besatzungsstatut abgelöst.



Mit den Westmächten handelte man die Pariser Verträge aus, welche beinhalteten, dass Deutschland einerseits die Souveränität mit gewissen Einschränkungen erhielt und andererseits durch die sofortige Aufnahme in die NATO militärische Gleichberechtigung und Sicherheit garantiert wurden. Am 5. Mai 1955 trat dies schließlich in Kraft. Somit erreichte Adenauer den Höhepunkt seiner Amtszeit. Die politische, wirtschaftliche und militärische Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft war abgeschlossen und damit gleichzeitig auch außenpolitische Souveränität, Sicherheit und Mitsprache gewonnen. Mit den Römischen Verträge im März 1957 wollte man die politischen Beziehungen zwischen Frankreich, der Bundesrepublik, den Beneluxstaaten und Italien fördern. Zur selben Zeit entstanden zwei „überstaatliche“ Organisationen, die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM), welche die

Zusammenarbeit in der Kernforschung und die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Ziel hatte und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), durch welche ein Gemeinsamer Markt entstehen und von der EWG- Kommission und dem Europäischen Parlament angekurbelt und verbessert werden sollte. Offen blieb jedoch die Frage der Wiedervereinigung, doch aufgrund des wachsenden nuklearen Arsenal auf beiden Seiten und durch den Bau der Mauer an der Sektorengrenze in Berlin am 13. August 1961 schien dies unerreichbar.

### **3. Die sechziger Jahre**

#### 3.1 Gesellschaftliche Veränderungen:

Die acht Millionen Vertriebenen, die in den drei Westzonen eine neue Heimat suchten, wurden zu der Zeit des „Wirtschaftswunders“ ein mobiles, hoch motiviertes, leistungs- und aufstiegsorientiertes Arbeitskräftereservoir. Daher hatten sie am Aufbau der westlichen Wirtschaft einen wichtigen Anteil, auch brachten sie ihre Traditionen und Bräuche nach Deutschland, sodass neue Orientierungen und Betrachtungsweisen entstanden.

Die zweite Einwanderungswelle bezeichnet die Zeit zwischen 1949 und 1961, als circa drei Millionen Menschen aus der Zone der Sowjetunion in die Bundesrepublik kamen. Der Großteil dieser Flüchtlinge waren junge, qualifizierte und leistungswillige Arbeitskräfte, durch welche der westdeutsche Arbeitsmarkt entlastet und der wirtschaftliche Wiederaufbau angeregt wurde, auch waren sie für weitere Wandlungsprozesse in der Gesellschaft verantwortlich.

Durch den Mauerbau wurde die Ost- West- Migration plötzlich gestoppt, doch benötigte man dringend Arbeitskräfte für die erfolgreiche Wirtschaft der Bundesrepublik. Damit begann die dritte Einwanderungswelle, bei der „Gastarbeiter“ nach Deutschland, die häufig nur auf Zeit angestellt waren. Nachdem die Deutschen die „Gastrolle“ aufgaben, erkannte man, dass die Integration deutlich schwerer als bei den Vertriebenen und Flüchtlingen war.

Folge dieser Einwanderungswellen war natürlich, dass die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik stark zunahm. Anfang der fünfziger Jahre lebten 50 Millionen Menschen in dem westlichen Teil Deutschlands, 1961 stieg die Zahl auf 56 Millionen an und im Jahr des Mauerfalls 1989 betrug sie 66 Millionen, unter denen sich fünf Millionen Ausländer befanden. Somit änderte sich die Bevölkerungszusammensetzung, aber auch sozial und kulturell erfolgten zahlreiche Veränderungen. Grenzen der unterschiedlichen Religionen zerflossen, Arbeitsformen, Lebensverhältnisse und kulturelle Einflüsse vermischten sich. Durch Mechanisierung und Automatisierung gingen die manuellen Tätigkeiten zurück, es entwickelte sich schließlich die Dienstleistungsgesellschaft. Dadurch lösten sich allmählich auch die Schichten- und Einkommensunterschiede auf, die Mittelschicht verbreitete sich und der Lebensstandard kam auf das Level des „Mittelbereichs“.



Weiterhin kam in den sechziger Jahren die „Wohlstandsgesellschaft“ auf und verbreitete sich rasch. Moderne Geräte wie der Fernseher, Kühlschrank und Waschmaschine waren immer häufiger in den Haushalten vorzufinden, welche die Lebensstile der unterschiedlichen sozialen Gruppen anpassten, auch spielte die Motorisierung der Massen eine große Rolle. Diese Veränderungen beruhten auf Wandlungen in den Mentalitäten, Lebensstilen, kulturellen Normen und gesellschaftlichen Leitbildern. Die Lebensformen vermehrten sich, der religiöse Einfluss nahm ab, aber auch die Rolle der Frau und die Familienmodelle änderten sich, die Gesellschaft wurde stark von westlichen Einflüssen geprägt.

### 3.2 „Vergangenheitsbewältigung“ und studentischer Protest:

In den Fünfzigern fixierte man sich vor allem darauf, die Opfer der rassistischen, politischen oder religiösen Verfolgung zu entschädigen. Die zweite Hälfte der fünfziger Jahre widmete sich dem Fragen nach Art und Ausmaß der Gewaltverbrechen des Nationalsozialismus und dem Kreis der Täter, viele Leute empfanden die Nürnberger Prozesse als wenig angemessen im Angesicht der vergangenen Verbrechen. Im Laufe der Zeit wurden deshalb immer wieder neue Strafverfahren durchgeführt, wie zum Beispiel der Ulmer Einsatzgruppen- Prozess 1958 und der Frankfurter Auschwitz- und der Eichmann- Prozess in Jerusalem 1963.

Im Laufe der Zeit gründeten sich auch Studentenbewegungen wie die Außerparlamentarische Opposition (APO), die im wesentlichen von dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) getragen wurde. Der Vietnamkrieg 1965 stieß auf viel Widerspruch bei der universitären Jugend der USA gegenüber, linke studentische Gruppierungen nahmen dies als Anlass für Proteste gegen imperialistische und koloniale Politik wahr, Höhepunkt stellte eine Demonstration der APO am 2. Juni 1967 dar. Dies bildete auch den Ausgangspunkt für eine zweite, radikalere Studentenbewegung, die auf, in Augen der Demonstranten, die repressive, autoritäre und profaschistische Bundesrepublik aufmerksam machen wollte. Doch das Bild, das die linken Studentenbewegungen aufzeigten, stimmte immer weniger mit der Wahrheit überein, bis schließlich mit den „Osterunruhen“ 1968 der Punkt erreicht war, an dem die SDS zahlreiche Anhänger verlor und endgültig das Ende der ursprünglichen politischen Kraft erreichte und jede Bedeutung verlor.

### 3.1 Die Große Koalition:

Mit der Zeit nahm das Durchsetzungsvermögen sowie die Autorität des Bundeskanzlers ab, die Frage kam auf, wer dem jetzigen bereits 85 Jahre alte, Bundeskanzler folgen würde und zu innenpolitischer Unruhe führte. Die Spiegelaffäre im Herbst 1962 trug nicht zu der Beruhigung der Lage bei, erst als Strauß, der das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ wegen einem kritischen Artikel verklagen und zum Schweigen bringen wollte, aus dem Kabinett austrat, konnte die Koalition von CDU/CSU und FDP wieder hergestellt werden.

Schließlich kam es im Oktober 1963 zum Regierungswechsel von Adenauer zu Erhard, was jedoch keine anhaltende Besserung der Lage brachte, so konnte er trotz seines deutlichen Wahlsieges von 1965 mit 47,6% seine Position nicht festigen. Durch Spannungen in der Atlantischen Allianz, den Misserfolgen in der Europapolitik und innenpolitischen Problemen wie zum Beispiel wirtschaftliche Rezession, steigende Arbeitslosenzahlen und Absatzprobleme wurde Kritik an Erhards Führungsstärke geübt. So hielt die Regierungszeit des FDP- Politikers nicht lange an, Ende Oktober 1966 trat er aus seinem Amt als Bundeskanzler zurück. Schnell einigte sich die Parteien auf Kurt Georg Kiesinger (Bild), Mitglied der CDU, als neuen Bundeskanzler. Nach Zusammenschluss mit der SPD nahm die Koalition nun mit 447 Mandaten die große Mehrheit im Parlament ein, daher bezeichnete man das Bündnis zwischen SPD und CDU auch als die „Große Koalition“.



Die Rezession der Wirtschaft konnte durch die neue Regierung mit einer Konjunkturpolitik von Wirtschaftsminister Karl Schiller und Finanzminister Franz Josef Strauß schnell überwunden werden. Umgesetzt wurde dies zum Beispiel durch das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, durch welches man Preisstabilität, Vollbeschäftigung und ein Gleichgewicht im Außenhandel erreichen wollte, andere Anweisungen sollten das Haushaltsgebaren von Bund, Ländern und Gemeinden regeln. Bereits in der Mitte des Jahres 1967 ging es mit der Wirtschaft wieder „bergauf“, die Arbeitslosenzahlen sanken und die Finanzlagen sowie das Bruttosozialprodukt verbesserten sich.

Auch konnten zahlreiche Reformmaßnahmen durchgeführt werden, das Beitrags- und Leistungsrecht für Arbeiter und Angestellte in der Renten- und Krankenversicherung wurde angeglichen und die berufliche Bildung ausgebaut. Ebenfalls wurden Strafrecht, Nichteheleichenrecht und Staatsschutzbedingungen liberalisiert. Am bedeutendsten jedoch war das in Kraft setzen der Notstandsgesetze, da man der Bundesrepublik eine Notstandsverordnung gegeben werden sollte. Trotz vieler Demonstrationen und Protesten wurden am 30. Mai des selben

Jahres die Notstandsgesetze für gültig erklärt und vom Bundesrat akzeptiert. Dies bedeutete das Ende einer 10-jährigen Debatte.

Nicht erfolgreich waren die Bemühungen um eine Wahlrechtsreform und das Klären von außenpolitischen Fragen, bei denen immer wieder Konflikte zwischen den Koalitionspartnern auftraten. Vielmehr kam es dazu, dass SPD und FDP ihre Auffassungen in den meisten Fällen teilten, wodurch schließlich 1969 das sozial-liberale Bündnis entstand.

#### **4. Die sozial-liberale Koalition**

##### 4.1 Innenpolitische Reformen:

Grund für die Koalition zwischen SPD und FDP waren tiefgreifende Veränderungen in den westdeutschen Parteiensystemen. Besonders stark wandelte sich dabei die SPD, die nun politisch mehrheitsfähiger wurde und daher eine Koalition mit der FDP schließen konnte. Entscheidend war dabei die Zeit in der zweiten Hälfte der sechziger und der Beginn der siebziger Jahre, so wuchs die Zahl der SPD-Mitglieder von 50 000 Personen auf circa 1 Million. Doch auch die FDP wandelte sich in Richtung einer linksliberalen-reformerischen Partei, und nahm zahlreiche Veränderungen hinsichtlich von Personen und Programm vor und näherte sich in den Ideen der SPD an. Bei der Wahl konnte die FDP jedoch nur knapp 6% der Stimmen für sich gewinnen und es damit nur knapp ins Parlament schaffen, während die CDU/CSU 46% und die SPD 43% der Wähler erhielten. Willy Brandt, Parteivorsitzender der SPD entschloss sich dafür, eine Koalition mit der FDP einzugehen.

Der neue Bundeskanzler wollte „mehr Demokratie wagen“, so waren wichtige Ziele für ihn, die politischen Partizipationsmöglichkeiten und das Angebot zur Teilhabe und Mitverantwortung für die Bürger auszubauen sowie im Bereich der Bildung Reformen durchzuführen. Bedeutsam war in den Augen des Kanzlers, die Chancengleichheit für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Sichten zu garantieren und neue Bildungsinhalte einzuführen. In dem Sinne entstanden Gesamtschulen und Universitäten wurden neu organisiert.

Auch in der Rechtspolitik nahm Brandt Bezug auf die Große Koalition. So wurde das Strafverfahrens- und Strafvollzugsrecht weiter erneuert, das Ehe- und Familienrecht sowie das Demonstrationsrecht liberalisiert bzw. ausgerichtet. Ebenfalls orientierte man sich in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an den Ideen der ehemaligen Koalition von SPD und CDU. So erschien es so, als ob aufgrund der Steuerung der Konjunktur es möglich wäre, finanzielle Mittel für die Umsetzung der geplanten Reformen bereitzustellen. Doch es kam anders als erwartet, die wirtschaftliche Grundlage für die geplanten Reformen schien ihre Tragfähigkeit zu verlieren. Auch traten Möller und Schiller aus ihrem Amt des Finanzministers aus, da beide die Gefahr einer Inflation nicht abwenden konnten. Insgesamt muss man sagen, dass der Bundeskanzler Willy

Brandt mehr versprach, als er umsetzte, wodurch sie schnell Enttäuschung in der Bevölkerung breit machte.

## 2. Ost- und Deutschlandpolitik:

Durch den Moskauer Vertrag 1970 erkannte die Bundesrepublik die vorherrschenden Grenzen in Europa, auch die der DDR an, eine Vereinigung des deutschen Staates oder aber Zusammenschlüsse von westeuropäischen Staaten wurde dabei nicht ausgeschlossen. Auch versicherte Brandt in einem deutsch-deutschen Vertrag, sich für die Aufnahme der deutschen Staaten in die Vereinten Nationen einzusetzen. Weiterhin gab es Verhandlungen der Bundesrepublik mit Polen, so wurde die polnische Westgrenze akzeptiert, ebenfalls sollten Deutsche / Deutschstämmige Polen verlassen, geregelt wurde dies im Vertrag vom 7. Dezember 1970. Doch Symbol für den Frieden und der Versöhnung mit Polen war der Kniefall von Willy Brandt vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos. (siehe Bild)



Bedeutend war auch das Berlin- Abkommen/ Vier- Mächte- Abkommen aus dem Jahr 1971. Dabei einigte man sich darauf, dass die Alliierten für Berlin verantwortlich und militärisch anwesend sind. Auch war die östliche Seite Deutschlands damit einverstanden, dass der Zugang nach West- Berlin gesichert ist und das die Bindungen zwischen West- Berlin und der Bundesrepublik akzeptiert werden, jedoch sollte West- Berlin kein fester Bestandteil des westdeutschen Staates sein. Mit diesem Abkommen erhoffte man sich, die Stadt zu sichern. Auch bildete es die Grundlage für weitere Übereinkünfte zwischen den beiden deutschen Staaten, wie das Post- und Fernmeldeabkommen, ein Transitabkommen und einen Verkehrsvertrag. Besonders für Willy Brandt war es schwer, diese Verträge zu bestätigen, da diese innenpolitisch stark umstritten waren, da man ihm unterstellte, er habe der „anderen Seite“ zu viel Zugeständnisse gemacht. So ging die parlamentarische Mehrheit schließlich verloren, da viele Parteiübertritte und Fraktionswechsel stattfanden. Rainer Bartzel wollte diese Situation nutzen, um durch ein konstruktives

Misstrauensvotum die Regierung zu stürzen und selbst zu übernehmen. Doch dies scheiterte, da zwei Stimmen für einen Sieg fehlten und da auch die Regierung von Brandt keine Mehrheit im Bundestag hatte, wurden für den 19. November 1972 Neuwahlen festgelegt. Bei diesen ging die SPD mit 46% als stärkste Partei hervor, die CDU/CSU erreichten 45% und die FDP 8,4%. Somit konnte auch die sozial- liberale Koalition fortgesetzt und der Grundlagenvertrag vor Jahresende unterschrieben werden. Im Jahr 1953 wurden beide deutschen Staaten in die NATO aufgenommen.

Durch diese Ostpolitik von Brandt konnte der Weg für bessere Beziehungen mit der DDR geebnet werden, die Spaltung Europas in zwei gegnerische Seiten konnte abgeschwächt und womöglich sogar überwunden werden.

#### 4.3 Krisenbewältigung:

Nach der „Guillaume- Affäre“ trat Willy Brandt Anfang Mai 1974 schließlich zurück, um damit gleichzeitig dem neuen Bundeskanzler Helmut Schmidt Platz zu machen. Doch diesen erwarteten zu Beginn seiner Amtszeit zwei große Krisen.

Erstere war, dass die frühere Lohnpolitik in Richtung starker Lohnzuwächse wechselte, die Wettbewerbsposition deutscher Produkte reduziert wurde und das durch die Nahostkrisen 1973 und 1978/79 die Verfügbarkeit über kostengünstige Energie, wie Erdöl, nicht mehr sicher war. So wurde die Fördermenge gesenkt und die Preise erhöht, was im Endeffekt zu einem Konjunkturunbruch führte.

Die zweite zu bewältigende Krise hing damit zusammen, dass die auf dem Gold- Dollar- Standard gestützte Weltwährungsordnung zusammenbrach. Ursache dafür war der Vietnam-Krieg, der das System der stabilen Wechselkurse ins Wanken brachte. Schon 1971 versuchte man Lösungen zu finden, 1973 gaben sechs europäische Regierungen, darunter auch, die der BRD, den Dollarkurs frei und befreiten damit gleichzeitig ihre Währungen von der amerikanischen Leitwährung, doch konnte dies nur für kurze Zeit Verbesserungen bringen.

Eine Antwort der Regierung unter Schmidt auf die Sozialpolitik war, die wohlfahrtsstaatliche Ausweitung einzugrenzen und zu beengen. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik setzte man zuerst auf eine erprobte Angebotspolitik , doch mit der zweiten Ölkrise erfuhr die BRD die bisher größte Rezession und daraufhin setzte man auf die konjunkturbelebenden, staatlichen Sonderprogrammen, wodurch man sich vor allem die Senkung der Arbeitslosenzahl erhoffte. Weiterhin bemühte sich Schmidt darum, die Weltwirtschafts- und -währungsprobleme durch internationale Zusammenarbeit zu beseitigen. Als Folge schuf der Kanzler den Weltwirtschaftsgipfel, bei dem Angelegenheiten bezüglich der weltweiten Wirtschafts-, Entwicklungs- und Währungs politik besprochen wurden und 1979 das Europäische Währungssystem.

Ein weiteres Problem war die „Rote Armee Fraktion“ (RAF), eine linksextremistische, terroristische Bewegung, die in den frühen Siebzigern aus den Studentenbewegungen der sechziger Jahre entstand, verantwortlich war sie für zahlreiche Morde von führenden Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft, wie zum Beispiel Hanns Martin Schleyer. Doch der Rechtsstaat konnte sich den Terroristen gegenüber schließlich beweisen, so wurden die gefassten Mitglieder der Bewegung für längere Zeit inhaftiert.

Mit der Zeit führte das Abflauen der Entspannungspolitik zu bedeutenden Folgen in Innen- und Außenpolitik. Zunächst konnte man Erfolge erkennen, so wurden 1975 in Helsinki auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von den Supermächten einerseits die bestehenden Grenzen in Europa bestätigt, andererseits das Umsetzen der Menschenrechte, der Freizügigkeit und des Informationsaustausches besprochen und die Fortsetzung des West- Ost-Dialogs ausgemacht. In dem Rüstungskontroll- und der Abrüstungsverhandlung von 1972 beschloss man, die Nuklearrüstung am bisher erreichten Punkt zu stoppen und 1979 wurde die Höchstgrenze für Kernwaffen vorgegeben.

Durch das Aufrüsten der Streitkräfte der Sowjetunion und dem Aufstellen von Mittelstreckenraketen entzweiten sich Washington und Moskau immer mehr. Daraufhin brachte Helmut Schmidt den Vorschlag, entweder die Sowjetunion dazu zu bringen, das Militär abzubauen oder aber selber aufzurüsten. Damit wurde im Doppelbeschluss des NATO- Ministerrates am 12. Dezember 1979 einerseits festgelegt, Waffensysteme in Westeuropa von mittlerer Reichweite, aufzustellen und andererseits, der politischen Führung in Moskau den Abbau der Raketen vorzuschlagen. Letzteres misslang und stellte den Beginn der westlichen Nachrüstung dar. Doch von der Bevölkerung der BRD kam viel Widerspruch. Friedensbewegungen gewannen an Zulauf, da die Angst vor der nuklearen Aufrüstung und eines nuklearen Krieges immer mehr hervortrat. Ebenfalls sprach man sich häufig mithilfe von öffentlichen Versammlungen, Diskussionsrunden, Demonstrationen und Menschenketten gegen die atomare Hochrüstung aus. Auch Mitglieder der Partei sprachen sich gegen die Handlungen des Kanzlers aus, was schließlich dazu führte, dass der Zusammenhalt in der Koalition von SPD und FDP immer mehr abnahm und sie schließlich ganz auseinanderbrach.

## **5. Die Ära Kohl**

### 5.1 Wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturprobleme:

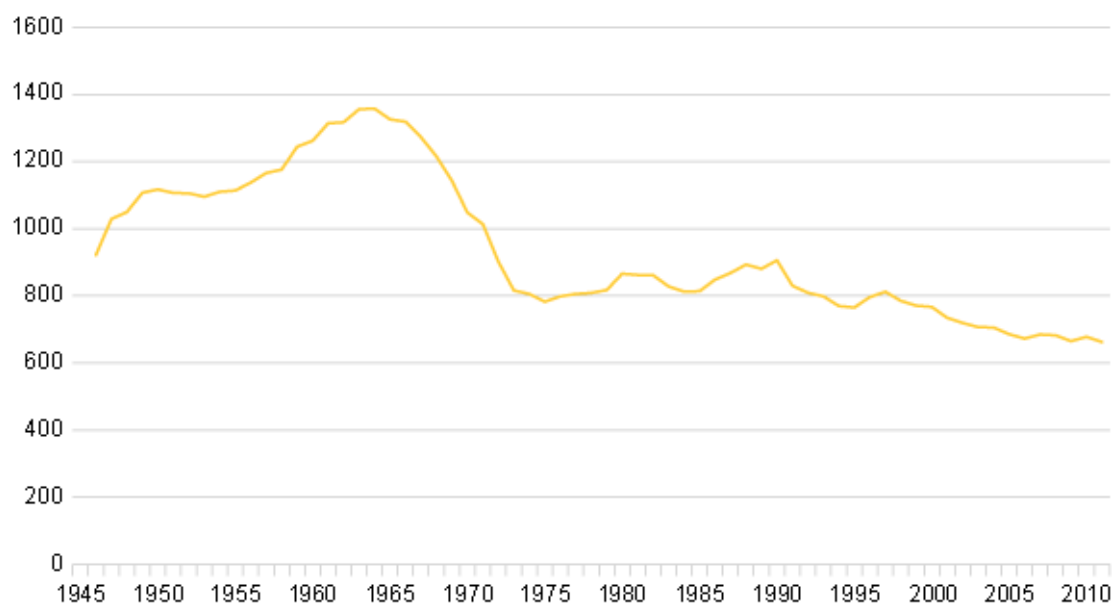
Die ökonomische Zukunft der BRD wurde stark von den Krisen in dem Weltwirtschafts- und Weltwährungssystem beeinflusst, es herrschte eine Zeit mit schlechtem Wirtschaftswachstum, höheren Inflationsraten und steigender Arbeitslosigkeit, so waren in den achtziger Jahren über 2 Millionen Menschen erwerbslos. Durch den Wandel der Industrie- zu der Dienstleistungsgesellschaft und der Globalisierung veränderte sich auch der deutsche Sozialstaat.

Auch aufgrund rückläufiger volkswirtschaftlicher Wachstumsraten, zunehmendem Mangel in den sozialen Sicherungssystemen und bevorstehenden demographischen Problemen war der Wechsel 1974/75 zu einer moderaten Konsolidierungspolitik, der Rückgliederung der Sozialleistungsquote und die Deregulierung des Arbeitsmarktes erforderlich.

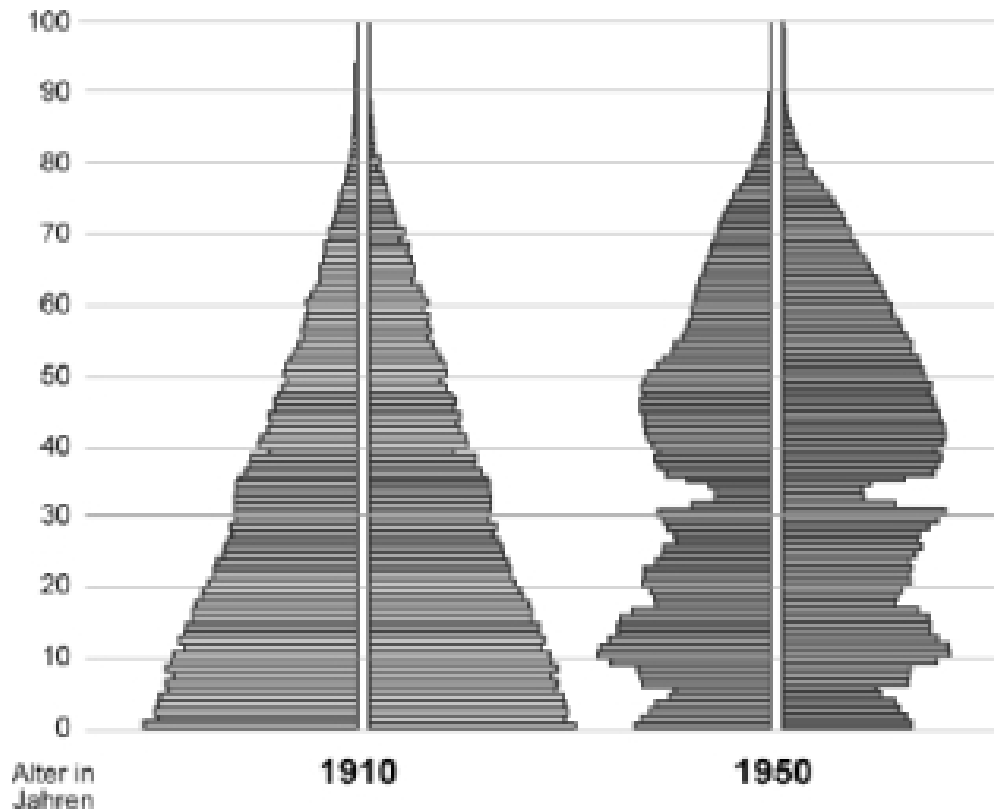
Doch auch die Gesellschaft veränderte sich zu einer post- industriellen. Grenzen zwischen Klassen und Schichten verschwanden und Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse erfolgten. Die Relation zwischen Arbeit und Freizeit verschob sich, neue Geschlechterrollen fixierten sich, Ehe und Familie erhielten neue Werte und neue Lebensstile, Verhaltensweisen und Westorientierungen wurden kreiert. Weiterhin kam es zu demographischen Veränderungen, da trotz des Anwerbestopps 1973 die Zahl der Ausländer in der BRD von 1,2 auf 4 Millionen durch eine neue Einwanderungswelle 1988 von Asylbewerbern und deutschstämmigen Aussiedlern anstieg. Ebenfalls alterte die Bevölkerung demographisch, nach dem „Babyboom“ in den sechziger Jahren nahmen die Geburtenziffern stetig ab. (siehe Bild 1) Gleichzeitig stieg die Lebenserwartung der Menschen, sodass im Endeffekt immer weniger „Jüngere“ immer mehr „Älteren“ gegenüberstanden. (siehe Bild 2)

### Geburten in Deutschland

in Tausend



© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012



Weiterhin Entwicklung der Alterspyramide in Deutschland entstanden „neue soziale Bewegungen“, welche sich für die Umwelt sowie Friedens- und Frauenfragen, wie gesellschaftliche Emanzipation oder alternative Lebens- und Wohnformen, einsetzten. Andere aufkommenden Organisationen waren Friedens- und Ökologiebewegungen, welche vor allem gegen die Atomkraft kämpften. Die Umweltbewegungen gingen gegen die Aufrüstung von Ost- und Westdeutschland vor, da sie dies als Gefahr für den Frieden und damit für das Überleben der Menschen sahen. Diese Organisationen beeinflussten stark das Gesicht der Gesellschaft der BRD, so entstand beispielsweise auch die Partei „Die Grünen“, welche in mehrere Landesparlamente und sogar in den Bundestag gelangen konnte. Dadurch wurden zahlreiche Parteien dazu veranlasst, ihre Programme zu überdenken und zu ändern und eventuell ökologische und pazifistische Themen einzubringen. Nachdem auch Die Grünen ihre Ideen denen der anderen Parteien anglichen, sahen Parteien wie die SPD diese sogar als einen möglichen Bündnispartner.

### 5.2 Die Koalitionswende:

Aufgrund des Konjunkturerinbruchs nach der Ölkrise 1979, wachsender Arbeitslosigkeit und steigenden Inflationsraten entschied man sich dafür, ein Misstrauensvotum gegen Schmidt durchzuführen. Somit wurde am 1. Oktober 1982 der CDU- Vorsitzende Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler gewählt. In Wahlen vom 6. März 1983 erreichten die CDU/CSU circa 49% der Stimmen und bildeten mit der FDP eine neue christlich- liberale Koalition, was man auch als koalitionspolitische „Wende“ bezeichnete. Grund für das sehr gute Wahlergebnis für die CDU/CSU



waren organisatorische und programmatische Erneuerungsprozesse, so sollte die CDU sich mehr an der politischen Mitte orientieren, um die FDP als Koalitionspartner zu gewinnen.

Die wichtigsten Aufgaben für die Regierung Kohl waren, die Wirtschaftskrise zu überwinden und den Bundeshauhalt zu sichern und zu stärken. Dabei orientierte man sich an den Vorschlägen des Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff und erzielte auch rasch erste Erfolge. Positiv konnte dies von den sinkenden Energiepreisen und den Verbesserungen in den außenwirtschaftlichen Bedingungen und Erfolgen in der Exportwirtschaft beeinflusst werden. Im Gegensatz dazu erfolgte die Kursänderung im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik eher „desinteressierter“. So blieben die Begrenzung der Staatsausgaben, die Deregulierung der Wirtschaft und die Optimierung der Investitionsfähigkeit zurück. In der Sozialpolitik beschloss man Leistungseinschränkungen in der Renten- und Krankenversicherung sowie in der Arbeitsmarkt- und in der Beschäftigungspolitik. In der Familienpolitik und der Entwicklung einer Pflegeversicherung wurden die Leistungen wiederum erhöht. Reformen zum Ausbau der ökonomischen Rahmenbedingung brauchten lange und die Arbeitslosenzahl blieb ungefähr konstant bei zwei Millionen, was gewissermaßen die Schwachstelle von Kohls Wirtschaftspolitik darstellt.

Auch in der Außen- und Deutschlandpolitik ließ sich kein Wandel erkennen. So hielt Kohl an dem NATO- Doppelbeschluss fest und man einigte sich darauf, wenn mit der Sowjetunion keine Einigung zu dem Abbau ihrer Raketen bis Ende 1983 zustande kommt, amerikanische Mittelstreckenraketen in der BRD aufzustellen. Gleichzeitig konnte Kohl damit die Beziehung zu den westlichen Führungsmächte bestärken. Ebenfalls wollte der Bundeskanzler Fortschritte in der europäischen Integrationspolitik erzielen und sah den Ausgangspunkt dafür in der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Durch die Einheitliche Europäische Akte 1986 ergänzten, erweiterten und erneuerten die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft die Gründungsverträge und Vereinbarungen. Auch sprachen sich Bonn und Paris in Projekten in Sicherheits- und Verteidigungsfragen ab und somit kam der Stabilisierung der europäischen Integration durch Kohl eine neue Bedeutung zu.

In der Deutschlandpolitik erfolgten keine Änderungen im Zuge der Deutschlandpolitik. Man war darauf bedacht, die deutsch-deutschen Beziehungen zu bessern und zu erweitern und durch ökonomische Vorteile die Regierung in Ost-Berlin zu Kompromissen, zur Entspannung des Grenzregimes sowie der Verbesserung der Kontakte zwischen den Staaten zu veranlassen. Ein positiver Schritt in diese Richtung war, dass die BRD der DDR mit Krediten von zwei Milliarden DM entgegen kam, woraufhin den Bürgern des östlichen Deutschlands mehr Westreisen ermöglicht wurden und Verbesserungen in der Familienzusammenführung erfolgten sowie erste Rechtsgrundlagen für Ausreiseanträge gewährleistet wurden. Durch den Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR und Generalsekretärs der SED Erich Honecker konnte die Politik der Zusammenarbeit bestärkt und die Weiterführung dieser vereinbart.

### 5.3 Der Weg zur deutschen Einheit:

Die DDR schien politisch wie gesellschaftlich weitestgehend stabil, doch im Herbst 1989 stürzte sie in wenigen Wochen ein. Ausschlaggebend dafür war, dass Gruppierungen entstanden, die auf dem Recht beharrten, in die BRD reisen zu können, sich gegen das Wettrüsten von Ost mit West äußerten und Frieden- und Menschenrechte forderten. Ein häufiger Versammlungsort waren die Kirchen, wodurch sie ein Ausgangspunkt für die Regimekritiker bildete, welche eine bedeutende Rolle bei der friedlichen Revolution 1989/90 darstellten. Folgen waren einerseits, dass die Ausreiseanträge und Fluchtbewegungen stark anwuchsen, andererseits entstanden immer mehr Protestbewegungen, die heute bekanntesten sind dabei die „Montagsdemonstrationen“. Daraus entwickelten sich auch bald Ansprüche auf politische Reformen und Genehmigungen für oppositionelle Bewegungen und Parteien. Letztere tauchten im Oktober 1989 Beispiele dafür sind Neues Forum, Demokratischer Aufbruch oder Demokratie jetzt, selbst in den Blockparteien wie der SED entwickelten sich Unruhe und Unmut.

Durch die Entlassung Honeckers erhoffte man sich, damit Reformen ausweichen zu können und setzte Egon Krenz an die Spitze, doch konnte keinen politischen Neubeginn erreichen. Ebenfalls war die wirtschaftliche Lage katastrophal, was der Regierung nach und nach klar wurde. Auch erkannte die SED- Spitze, dass man aufgrund des nicht geringer werdenden Flüchtlingsstrom ein neues Reisegesetz ausarbeiten musste. Als am 9. November 1989 ein Sprecher des Politbüros vor die Presse trat, um die Ausarbeitungen vorzustellen, erweckte er mit seinen Worten den Anschein, dass die Reisefreiheit nun vorhanden sei und daher auch die Grenze offen steht. Daraufhin drängten zahlreiche Ost- Berliner und Ostdeutsche die Grenzposten dazu, die Berliner Mauer zu öffnen, was diese schließlich taten. Somit fiel die Mauer, die Berlin teilte, nach mehr als 28 Jahren. (siehe Bild 1 und 2)





Die Regierung der DDR hoffte darauf, dass das SED- Regime stabil bleiben wird und hoffte daher auf wirtschaftliche Hilfe der BRD, Hans Modrow, der neue Ministerpräsident der DDR hatte daher die Idee einer „Vertragsgemeinschaft“ zwischen den deutschen Staaten. Kohl schlug als Reaktion auf die „Vertragsgemeinschaft“ einen „Zehn- Punkte- Plan“ vor, mit welchem er die Grundlage für die Einigung legen würde.

Nach immer weiteren Fluchtbewegungen in die BRD, dem immer deutlich werdenden Wunsch nach einem einheitlichen Vaterland und schließlich dem Besuch Kohls 1989 in Dresden, erkannte dieser, dass die Zusammenführung der beiden Staaten die einzig richtige Lösung darstellte.

Nach der ersten freien Parlamentswahl in der DDR schlossen sich die „Allianz für Deutschland“, die Sozialdemokraten und Liberalen zu der „Großen Koalition“ zusammen. Am 1. Juli 1990 einigte man sich darauf, die DM in der DDR einzuführen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die soziale Marktwirtschaft und die bundesdeutsche Arbeitsrechts- und Sozialversicherungsordnung zu gestalten. Die westliche Seite sollte der ehemaligen DDR 150 Milliarden DM zu Verfügung stellen, um dem Wiederaufbau beizutragen. Der „Einigungsvertrag“ beinhaltete die Lösung für die weiteren Probleme, wie beispielsweise das Angleichen der Rechtssysteme, der Länderfinanzausgleich oder das öffentliche Vermögen. Datum für das Bestätigen dieser Regelungen war der 3. Oktober 1990,

die neuen fünf Bundesländer sollten dabei dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten, die erste Bundestagswahl, die ganz Deutschland betraf, sollte am 2. Dezember 1990 erfolgen.

Durch die „Zwei- Plus- Vier“ Verhandlungen von der Bundesrepublik mit den vier Siegermächten wurden die außenpolitische Standpunkte geklärt, auch sollte durch die Mitgliedschaft von Deutschland in der NATO und in der Europäischen Gemeinschaft eine machtpolitische Kontrolle erreicht werden. Die Sowjetunion stimmte dem nur teilweise zu, daher erhielt sie bei der Obergrenze der Bundeswehr Zugeständnisse, sicherte aber auch den Verzicht der Deutschen auf ABC- Waffen und erhielt eine materielle Entschädigung für die vollständige Räumung des deutschen Gebietes von der Roten Armee bis 1994. Ebenfalls wollte die Bundesregierung die Sowjetunion aufgrund der wirtschaftlichen Krise mit Kreditzusagen unterstützen. Damit beendete man Mitte September schließlich die „Zwei- Plus- Vier“ Verhandlungen, die Souveränität sowie die Grenzen von Deutschland waren völkerrechtlich von jetzt an gesichert, auch sollte es weiterhin Mitglied der europäischen und transatlantischen Bindungen und Paktsysteme bleiben.

## **6. Die „alte“ und die „neue“ Bundesrepublik Deutschland**

### 6.1 Anpassungsprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft:

Zwar konnte am 3. Oktober 1990 die staatliche Einheit erreicht werden, doch mussten die Bereiche in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sowie Lebenslagen und Mentalitäten aufeinander abgestimmt und das Rechts- und Bildungswesen und die Sozialsysteme neu gestaltet werden. Da sich in den vergangenen Jahren Ost- und Westdeutschland sich in allen Bereichen auseinanderentwickelten, war sicher, dass dieser Prozess langwierig und schwierig sein wird.

Am zügigsten erfolgte die Vereinigung in politischer Hinsicht, da das Grundgesetz mit geringfügigen Änderungen die Verfassung bildete und das politische System damit weitgehend gleich blieb. Bedeutend war auch, dass der Sitz von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin verschoben wurde, wodurch die politische Grundachse jedoch nicht verändert wurde. Auch das Einbinden der neuen Bundesländer in die föderale Ordnung konnte relativ leicht und schnell erfolgen, ein Problem kam dabei aber bei der Neuregelung des Finanzausgleiches auf. So änderten sich nun die Finanzströme und zu Beginn bestätigten alle Betroffenen die Weiterführung des Länderfinanzausgleichs. Doch mit der Zeit kam Unmut auf und man wollte das Transfersystem nicht mehr bewahren, daher entstand schließlich die „Föderalismuskommission“, durch welche ein Ausgleich zwischen den Ebenen erreicht werden sollte, dennoch war eine Einigkeit nicht zu erkennen.

Die Bundesländer orientierten sich bei ihren Verfassungen, die 1992 und 1993 eingeführt worden, vorwiegend an westlichen Vorbildern. Die alten Führungsschichten in den neuen Bundesländern verloren ihren Einfluss, daher nahmen Kabinettsmitglieder und Abgeordnete aus den neuen Parteien

und aus Westdeutschland deren Platz ein, gleiches passierte auf der kommunalen Ebene. Besonders das Einsetzen von westdeutschen Beamten und Politikern mit administrativer Art und Weise stieß auf Unmut und sorgte für Konflikte innerhalb der Bevölkerung. Auch die Wirtschafts- und Sozialordnung des ehemaligen westlichen Deutschlands wurde auf die neuen Bundesländer übertragen. Das Umsetzen der sozialstaatlichen Sicherungssysteme im Osten wurde bereits im Sommer 1990 vertraglich bestätigt, dadurch erhoffte man sich wirtschaftliche Erschütterungen auszugleichen und die Folgen des Wandels der Plan- zur Marktwirtschaft meistern. Transferleistungen des Westen konnten dazu beitragen, die bald aufkommenden Probleme zu klären.

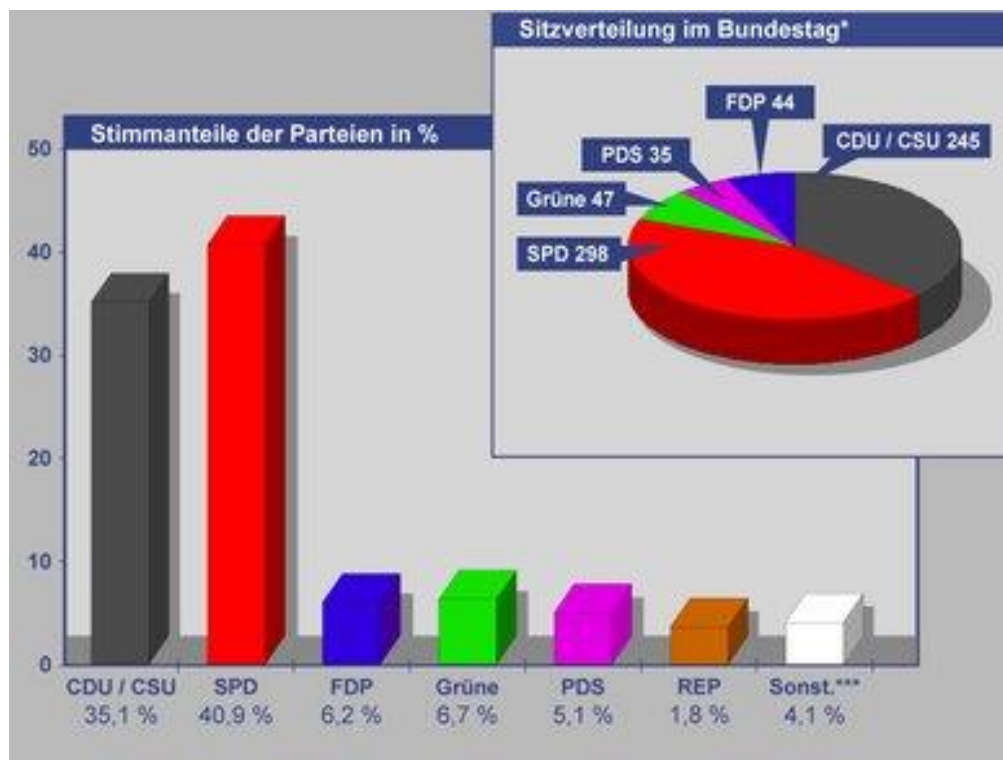
Ein großes Problem stellten auch die Konsequenzen des ökonomischen Einbruchs Ostdeutschlands dar, die Neugestaltung der Wirtschaftsstruktur schien kaum lösbar. Durch den Umtauschkurs der Währungen ohne Beachtung der geringen Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft und den Zusammenbruch der ostmittel- und osteuropäischen Exportmärkte wurde die Wirtschaft stark geschädigt. Ebenfalls schwierig war die Privatisierung der Ökonomie, sie konnte wenig bis gar nicht umgesetzt werden, Folge war, dass die meisten Betriebe außer Betrieb gesetzt wurden, wodurch Landstriche deindustrialisiert wurden und die Arbeitslosenzahlen stark anstiegen. Daraufhin 1990 wurde der „Fonds Deutsche Einheit“ entwickelt, durch welchen Fördermittel zum Aufbau der Wirtschaft, Ausbauen der Infrastruktur, Modernisierung öffentlicher Einrichtungen und Beseitigung der Umweltschäden die neuen Bundesländer erreichen sollte. Zusammengesetzt war der Fond aus Leistungen von Bundes- und Länderhaushalten und einer Zusatzsteuer auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer. Damit wurden allein von 1990 bis 2000 rund 1,8 Billionen DM an den Osten gezahlt.

Trotz aller Probleme lässt sich erkennen, dass sich die beiden Teilgesellschaften immer mehr aneinander anpassten, auch wurden die Lebensformen und –stile durchliefen viele Wandlungen.

## 6.2 Euphorie und Ernüchterung:

Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 wurde die Koalition mit Kohl bestätigt, doch nach dem Anstieg der Erwerbslosen und dem Zusammenbruch der Wirtschaft der DDR konnte die Koalition sich bei den Wahlen vier Jahre später nicht mehr so klar durchsetzen, weitere Probleme waren die Schwierigkeiten bei der Wirtschafts- und Währungsunion und die Konsequenzen der Globalisierung. Auch durch die Wiedervereinigung waren die Grundlagen für eine stabile Koalition eher schlecht, da sich das Parteiensystem stark wandelte und in den jeweiligen Teilen unterschiedlich aufgebaut war. Im Westen herrschte das Vierparteiensystem, das aus den zwei bedeutenden Volksparteien CDU/CSU und SPD und den kleineren Parteien FDP und Bündnis 90/ Die Grünen bestand. Im Osten setzte sich das Dreiparteiensystem durch, bei dem CDU, SPD und PDS die meisten Wählerstimmen ungefähr gleichrangig in sich vereinten.

Kohl fand nur schwer Lösungen für die ihm gestellten Probleme. Mit einem Aktionsprogramm erntete er viel Kritik von der Opposition und den Gewerkschaften, Grund dafür war, dass man Einschnitte in das Sozialsystem nicht als ausreichende Lösung für die Globalisierung sah. Aufgrund steigender Arbeitslosenzahlen verlor die CDU bei den Bundestagswahlen 1998 große Teile von Wählern und konnte nur 35,1% der Stimmen erhalten. Die SPD mit 40,9% (siehe Bild) stellte die stärkste Partei dar und schloss mit den Grünen eine Koalition, Kanzlerkandidat wurde Gerhard Schröder der SPD.



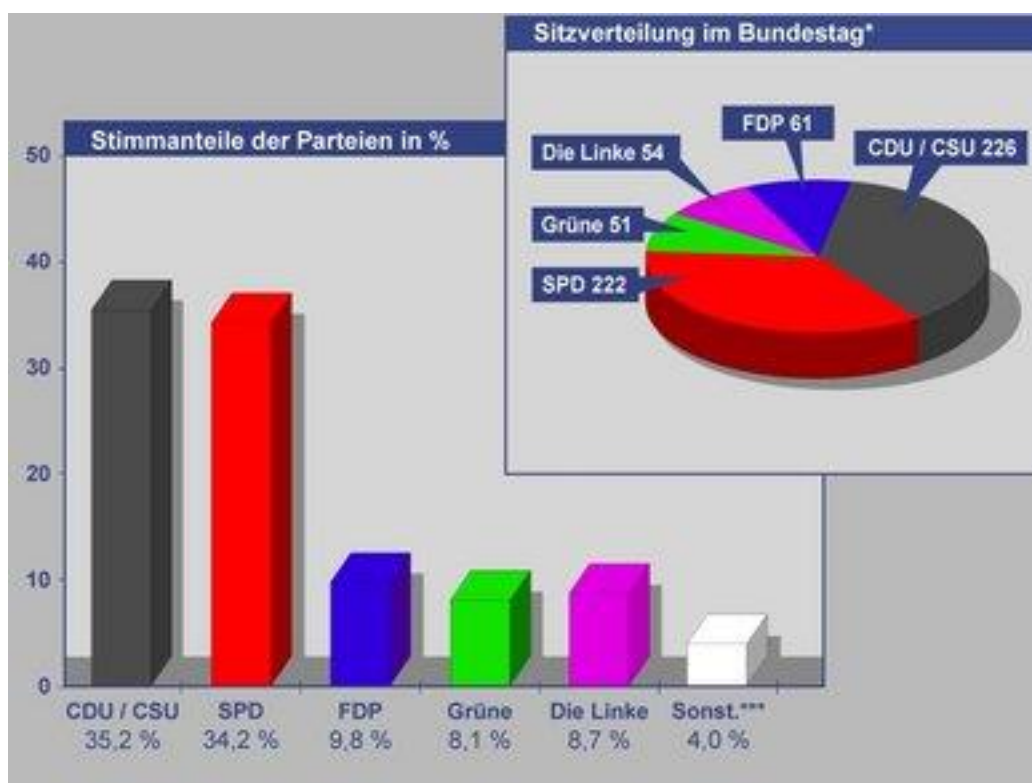
Der Finanzminister Oskar Lafontaine verfolgte eine staatliche Ausgabenpolitik, während Schröder sich für die Reform des Sozialstaates und die Kürzung staatlicher Ausgaben aussprach. Dies musste zu einem Konflikt führen, der sich schließlich im März 1999 zuspitzte, Lafontaine trat von seinem Amt als Minister und SPD- Vorsitzender zurück. Damit konnte die Steuerreform im Sommer 1999 durchgesetzt werden. Dabei wurde die Steuerlast für Arbeitnehmer und Unternehmen gesenkt und die „Riester- Rente“ eingeführt, die die gesetzliche Rentenversicherung entlasten und den Rentenbeitragssatz konstant aufrechterhalten sollte.

Die Grünen, welche einen Teil der Koalition ausmachten, konnten auch zahlreiche Programmpunkte erreichen. So erfolgte eine Neuregelung im Staatsangehörigkeitsrecht, eine Asyl- und Zuwanderungsgesetzgebung entstand und durch die Energie- und Umweltpolitik erzielte man den Ausstieg aus der Atomkraft.

Viel Zustimmung von der Bevölkerung erhielt Schröder, als er „Nein“ zum Irakkrieg sagte, was ihm dem Wahlsieg geradeso verschaffte. Nun beschloss er aufgrund der immer noch hohen Arbeitslosenzahlen, Reformen durchzuführen, wie die „Harzt- Kommission“, durch welche

Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengebracht werden sollten, die Regeln für das Erhalten von Arbeitslosengeld und die staatliche Förderung von Ich-AGs und Minijobs verstärkt werden. Aus dieser Reform und anderen Vorhaben im Sinne der Begrenzung des Sozialbudgets entstand im März 2003 die „Agenda 2010“. Doch damit stieß Schröder auf viel Inakzeptanz bei Sozialdemokraten und anderen Bürgern, doch da er an der seinem Programm festhielt, gab er Anlass für Demonstrationen und vermehrten Parteiaustritten. Im Westen gründete sich die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ und bildete mit der PDS aus dem Osten schließlich „Die Linke“. Dies alles schwächte auch die SPD und die Regierung Schröder, über die Vertrauensfrage konnte er seine Absetzung am 1. Juli 2005 erreichen und gab damit den Weg zu neuen Bundestagswahlen im September frei.

Bereits bei den Bundestagswahlen 2005 war es für SPD und CDU nicht möglich, mit der FDP bzw. „Der Grünen“ eine Koalition zu bilden, da unter anderem „Die Linke“ 8,7% der Stimmen erhielt. (siehe Bild) Daher entstand die Große Koalition zwischen SPD und CDU mit der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Diese knüpfte an die „Agenda 2010“ an und veränderte sie leicht. Durchsetzen konnte sie schließlich eine Unternehmenssteuerreform, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, das Erhöhen des Renteneintrittsalters und bemühte sich ebenfalls um eine Haushaltskonsolidierung, die Verbesserung der Familienpolitik, der Gesundheitsreform und der inneren Sicherheit.



### 6.3 Deutschlands veränderte Rolle im europäischen und internationalen Rahmen:

Da bereits 1989/1990 bemerkbar war, dass die Nachbarstaaten der Bundesrepublik Furcht vor einem machtvollen und eigenständigem Deutschland hatten, betonte bereits Kohl bei einem

Abkommen für die außenpolitische Absicherung, dass die Europäische Integration gefestigt werden sollte. Daher sagte er im September 1989 der Einberufung einer Regierungskonferenz zu, bei welcher die europäische Wirtschafts- und Währungsunion geplant wurde und damit einen bedeutenden Integrationsschritt kennzeichnete. Auch schlug die Regierung der Bundesrepublik vor, die Europäische Politische Union zu beenden.

Am 9. Und 10. Dezember 1991 vereinbarte man sich beim Maastrichter Abkommen dazu, eine Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Außenpolitik zu schaffen, eine Wirtschafts- und Währungsunion zu gründen und eine bessere Zusammenarbeit in Justiz und Innerem zu erreichen und die europäischen Institutionen zu festigen. Am 1. Januar 1999 beschloss man den „Euro“ als gemeinsame Währung einzuführen und eine Europäische Zentralbank zu schaffen. Der Euro wurde als Zahlungsmittel von den meisten Mitgliedern der EU am 1. Januar 2002 eingeführt. Auch hatte die Bundesregierung zum Ziel, die osteuropäischen Staaten in die EU aufzunehmen, gleichzeitig wollte man diese Länder stabilisieren, politische und ökonomische Reformmaßnahmen unterstützen und die wirtschaftlichen und sozialen Differenzen überwinden. Damit hoffte Kohl die Beschuldigung, Deutschland strebe nur nach der Vormachtstellung in Osteuropa, abzuweisen. Ab 1990 traten immer mehr Länder der EU bei, zunächst Finnland, Österreich und Schweden, später dann Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Malta, Zypern, Rumänien und Bulgarien, sodass die EU nun 27 Mitglieder einschloss, mit der Türkei wurde ebenfalls über dessen Beitritt diskutiert.

Erfolge desselben Ausmaßes konnten in dem Ausbauen der Integration und Neuregelungen im Aspekt des europäischen Gemeinschaftsrechts nicht erzielt werden. Auch versuchte Kohl, die Beziehungen der Mitgliedsländer der EU untereinander zu stärken und sie in Gemeinschaftsstrukturen besser einzubeziehen. Aufgrund vieler neuer Mitglieder in der EU beschloss der Europäische Rat in Nizza 2000, das Mehrheitsprinzip bei Ratsentscheidungen auszubauen und die Zusammensetzung des Parlaments neu zu ordnen.

Besonders bedeutend für die Außenpolitik war die Mitgliedschaft von der Bundesrepublik in der NATO und im transatlantischen Bündnis. Deutschland konnte seine Souveränität und seinen Handlungsspielraum im nordatlantischen Gebiet ausbauen. Dennoch ließ sich die Bundesregierung nur schwer davon überzeugen, sich im Rahmen von NATO und den Vereinten Nationen an militärischen Einsätzen außerhalb seines Bündnisgebietes zu beteiligen. Doch Deutschland nahm schließlich an friedenserhaltenden Aktionen in Kambodscha, Somalia, Ruanda, Zaire und Sudan teil. Erst durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 1994 wurden militärische Einsätze der Bundeswehr auch außerhalb der NATO- Länder erlaubt, daher beteiligte Deutschland sich schließlich auch an Aktionen zur Friedenssicherung in Afrika und auf dem Balkan. 1999 trat ein neues Gesetz in Kraft, welches die Beteiligung deutscher Soldaten in militärischen Bereichen regelte, was beispielsweise in Kosovo und benachbarten Gebieten durchgeführt wurde.



Ein neues Problem das auftrat, war der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Als Folge des Anschlages am 11. September 2001 in New York sprach Schröder dem Präsidenten der USA die „uneingeschränkte Solidarität“ zu. Durch eine Mehrheit der Parlamentsmitglieder im Jahr 2001 wurde festgelegt, dass sich die Bundeswehr an der Beseitigung der Führungs- und Ausbildungseinrichtungen der Terroristen beteiligen wird. Das stellte den Beginn des Kampfes der internationalen Anti- Terror- Allianz gegen das Terrornetzwerk Al- Quida und dessen Leiter, Osama bin Laden. Dadurch konnte die Bundesrepublik auch ihre Bedeutung bei NATO und UNO Einsätzen ausbauen und festigten und stellte schließlich Anfang des 21. Jahrhunderts nach der USA die meisten Truppen bei Friedensregelungen im Ausland. Doch durch die Irak- Krise 2003/2004 wurde das Verhältnis von der Bundesrepublik mit der USA auf eine Probe gestellt. So verneinte Deutschland den Einsatz von Truppen im Irak, Länder wie Frankreich bezogen dabei Stellung zu ihrem Nachbarland. Dies bedeutete einen großen Riss in dem Verhältnis der westlichen Staaten- und Wertegemeinschaften, welches sich in den letzten Jahren zu einer bedeutenden politischen und militärischen Allianz entwickelte.

Somit taten sich Fragen nach den Schwerpunkten der Bundesrepublik im Sinne der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik neu auf, da das „neue“ Deutschland seinen Handlungsspielraum deutlich ausweitete. Nun muss die Bundesrepublik „nur noch“ ihren richtigen Platz in der Welt finden, man kann nicht sagen ob dabei die nationalstaatlichen Ordnungen, außenpolitische Handlungen, die Beziehung zur USA oder aber auch das transatlantische Bündnis eine Rolle spielen wird. Ungewiss ist ebenfalls, inwieweit sich Deutschland in dem Rahmen der Globalisierung beweisen und den Strukturen der „alten“ Bundesrepublik treu bleiben wird, die Antwort darauf ist nur in der Zukunft zu finden.

### **Quellen:**

Marie- Luise Recker, „Geschichte der Bundesrepublik“, Verlag Beck, 2009

[http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland\\_1945\\_bis\\_1949#mediaviewer/File:Deutschland\\_Besatzungszonen\\_8\\_Jun\\_1947\\_-\\_22\\_Apr\\_1949.svg](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland_1945_bis_1949#mediaviewer/File:Deutschland_Besatzungszonen_8_Jun_1947_-_22_Apr_1949.svg)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte\\_der\\_Bundesrepublik\\_Deutschland\\_%28bis\\_1990%29#mediaviewer/File:Bundesarchiv\\_B\\_145\\_Bild-F078072-0004,\\_Konrad\\_Adenauer.jpg](http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Bundesrepublik_Deutschland_%28bis_1990%29#mediaviewer/File:Bundesarchiv_B_145_Bild-F078072-0004,_Konrad_Adenauer.jpg)

[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/61/Karte\\_Innerdeutsche\\_Grenze.png](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/61/Karte_Innerdeutsche_Grenze.png)

[http://www.politik-fuer-die-freiheit.de/files/12/17/42b80d8c0749d\\_diagramm\\_1953.jpg](http://www.politik-fuer-die-freiheit.de/files/12/17/42b80d8c0749d_diagramm_1953.jpg)

<http://www.nndb.com/people/677/000089410/kiesinger-sm.jpg>

<https://iconicphotos.files.wordpress.com/2009/05/willy-brandt-kniefall-warschauer-ghetto-jpg.jpeg>

[http://p5.focus.de/img/fotos/crop4242006/5118894780-cv16\\_9-w467-h263-oc-q75-p5/62028989-854x480-1-poster.jpg](http://p5.focus.de/img/fotos/crop4242006/5118894780-cv16_9-w467-h263-oc-q75-p5/62028989-854x480-1-poster.jpg)

<http://www.research-results.de/cms/upload/Fachartikel/2008/Ausgabe3/08-03-40-Bild-1.jpg>

[https://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Bevoelkerung/\\_Grafik/Geburtenziffer1.png%3F\\_\\_blob%3Dposter](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Bevoelkerung/_Grafik/Geburtenziffer1.png%3F__blob%3Dposter)

[http://www.politik-fuer-die-freiheit.de/files/311/15/42ba70f7ccb36\\_diagramm\\_1998.jpg](http://www.politik-fuer-die-freiheit.de/files/311/15/42ba70f7ccb36_diagramm_1998.jpg)

[http://www.politik-fuer-die-freiheit.de/files/325/25/43427cb8c7f65\\_diagramm\\_2005.JPG](http://www.politik-fuer-die-freiheit.de/files/325/25/43427cb8c7f65_diagramm_2005.JPG)